



Stettdrucker: Abonnementen: in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnemen. 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 7 Mark 50 Pf. — Inseratensätze für den Raum einer sechszeiligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 750. Abend-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Dinstag, den 26. October 1886.

Politische Uebersicht.

Breslau, 26. October.

Das Erkenntnis des Breslauer Oberlandesgerichts, wonach der Fiskus das Recht haben soll, Gewinne, die in nichtpreussischen Lotterien gemacht werden, zu confisciren, erregt großes Aufsehen und wird lebhaft besprochen. Die „Nat.-Ztg.“ äußert sich darüber folgendermaßen:

„Es ist nicht unsere Gewohnheit, gerichtliche Urtheile zu kritisiren; wir enthalten uns dessen nach Möglichkeit, namentlich dann, wenn für den Gerichtshof Dinge mitentscheidend waren, welche man nach bloßen Berichten nicht genügend zu beurtheilen vermag, z. B. in Strafprocessen das Auftreten der Angeklagten und Zeugen. Bei Civilprocessen kommt derartige nicht in Betracht; wenn ein solcher ein öffentliches Interesse berührt und in weiten Kreisen peinliches Aufsehen erregt, kann die Presse um so weniger schweigend daran vorübergehen. So war es bei den Dänenprocessen; so ist es, obgleich die diesen zukommende politische Bedeutung hier nicht vorhanden ist, bei dem Spruch des Breslauer Oberlandesgerichts, wonach der Fiskus im Gebiete des Allgemeinen Landesrechts befugt sein soll, Gewinne, welche in nichtpreussischen Lotterien gemacht worden, für sich in Anspruch zu nehmen. Die Vermehrung der preussischen Loose wird wahrlich das Spiel von preussischen Staatsangehörigen in der sächsischen, hamburgischen und braunschweigischen Lotterie sehr einschränken — und um so überflüssiger war daher das Vorgehen des Fiskus, welches zu dem Breslauer Urtheilspruch geführt hat. Vorherhand aber giebt es, da die Uebertretung des betreffenden Spielverbots immer sehr leicht genommen wurde, viele Tausende, welche sich — diesen Umständen hat das Breslauer Gericht wohl kaum in Betracht gezogen — jetzt Erpressungs-Ver suchen aller Art ausgesetzt fühlen. Daher die sehr lebhafteste Kritik, welche in den weitesten Kreisen des Publikums an dem Urtheil geübt wird.“

Nach unserer Meinung ist das Urtheil unhaltbar, und zwar nicht nur aus den Gründen, welche das Gericht erster Instanz zur Abweisung des Fiskus bewogen, sondern weil es der klaren Absicht des Gesetzgebers widerspricht. Derselbe ist erst vor wenig mehr als Jahresfrist in dem damals ergangenen neuen Gesetz über das Verbot des Spiels in nichtpreussischen Lotterien bekundet worden. Dieses Spiel ist mit Geldstrafe bis zu 600 M. bedroht, also in den Fällen, in denen nicht erswerende Umstände vorliegen, nach der Praxis der Gerichte mit einer sehr viel geringeren Buße. Es ist unmöglich, anzunehmen, daß der Gesetzgeber stillschweigend die Absicht gehabt habe, einen Verlust von 10 000 oder 100 000 M. da mittelbar aufzuerlegen, wo er direct eine Strafe von 20 oder 30 M. androhte. Es ist das gerade hier nicht anzunehmen, weil es sehr nahe gelegen hätte, die Einziehung des Gewinnes durch die Staatskasse ausdrücklich zu verfügen, wenn eine derartige Absicht bestanden hätte. Es kommt aber noch ein Moment hinzu, welches unsern Gerichten jeden Zweifel ausschließt: das in der vorigen Landtagsession ergangene Gesetz hatte gerade den Zweck, an Stelle der für verschiedene Landesbestheile verschiedenen Bestimmungen über die Bestrafung des Spiels in nichtpreussischen Lotterien einheitliches Recht für den ganzen Staat zu schaffen. Diesem Zwecke handelt das Breslauer Urtheil direct entgegen, indem es an das Spiel in nichtpreussischen Lotterien für den Fall des Gewinnes im Geltungsbereich des Allgemeinen Landesrechts ungleich empfindlichere Folgen knüpft, als im übrigen Staate eintreten können. Mit dem allgemeinen Rechtsgefühl ist eine solche Rechtsprechung nicht vereinbar.“

Die Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises beim Export von Getreide ist durch die nach officiellen Mittheilungen beabsichtigten weiteren Erleichterungen bei der Ausfuhr von Mühlenfabrikaten neuerdings in den Kreis der öffentlichen Discussion gezogen worden. Auch der Staatssecretär v. Bötticher soll sich nach den vorliegenden Berichten auf seiner Reise in Ost- und Westpreußen zustimmend über diese Reform ausgesprochen haben. Maßgebend hierbei dürfte die Erwägung gewesen sein, daß die angestrebte Milderung nicht ausschließlich oder auch nur vorwiegend zum Nutzen des deutschen Getreide-Exporthandels dienen, sondern auch ganz wesentlich im Interesse der deutschen Getreideproducenten liegen würde. In der kurzen außerordentlichen Septembersession des Reichstags ist an die Mitglieder auch eine aus Stettin herrührende Denkschrift vertheilt worden, welche diese allgemeine Bedeutung der ange-

regten Reform in überzeugender Weise darlegt. Der neue Getreidezoll hat gerade bei Weizen, von welchem die östlichen Provinzen bis in die neueste Zeit beträchtliche Mengen einheimischer Production zu lohnenden Preisen an das Ausland absetzen konnten, eine tiefgreifende Verschiebung der Absatzverhältnisse verursacht, welche für die beteiligten Handelsplätze, aber auch für die Landwirthe von schwerem Nachtheil gewesen ist. Die Stettiner Denkschrift führt nämlich auf Grund einer genauen Preisstatistik den Nachweis, daß die Weizenpreise in Deutschland, verglichen mit den Preisen an den wichtigsten Weizenplätzen des Auslandes (Paris, Amsterdam, Antwerpen, London), unter Berücksichtigung des Zolles unverhältnismäßig niedrig stehen. Der fremde Weizen steht um 8—15 Mark pro Tonne theurer ein, als der deutsche Weizen, obwohl der Osten Deutschlands eine prächtige Qualität geerntet und anbietet hat. Zur Erklärung dieser auffälligen Thatsache macht die erwähnte Denkschrift darauf aufmerksam, daß Deutschland durch den Zoll von 30 Mark vom Auslande abgeschlossen ist. Der milde ostdeutsche Weizen ist in England und Belgien stets vorzugsweise gekauft und mit den besten Preisen bezahlt worden; auch Frankreich und Holland nehmen ihn gern. Aber der consumsfähige Westen und Süden Deutschlands baut selbst solche milde Qualitäten und bedarf zu deren Ergänzung der fremden harten Qualitäten. Die letzteren werden selbst bei theuerem Einsteifen bezogen und nur widerwillig geht man an die Ueberschüsse heran, die der Osten Deutschlands abstoßen wünscht. Dieser aber, von der Concurrenz auf dem Weltmarkt durch den Zoll ausgeschlossen, drängt mit seinen Offerten nach dem einzigen ihm gebliebenen Absatzgebiete: dem Westen und Süden Deutschlands, und so kommt es, daß sich — vom Binnenlande, als Hannover, Braunschweig u. s. w. abgesehen — die Seepflüge der Dänie von Holstein bis Memel unterbieten. Bei der gegenwärtigen Handhabung der Zollgesetzgebung wird eben der deutsche Weizen nach Absatzgebieten gedrängt, die ihn nur widerwillig und unter seinem Werthe aufnehmen, während er ausgeschlossen ist von solchen Absatzgebieten, in denen er beliebt ist und Vorzugspreise bedingt. Als Folge dieses Verhältnisses häufen sich auf den deutschen Märkten leicht starke Bestände an und rufen einen Preisdruck hervor, der in den Verhältnissen des Weltmarktes nicht begründet ist. Zur Abhilfe wird vorgeschlagen, daß die Zollverwaltung auf den Nachweis der Identität verzichte, weil allein auf diese Weise dem deutschen Product der Verfall ins Ausland und zwar unter besonders günstigen Umständen unmittelbar nach der Ernte, bevor das später erntende Ausland in Concurrenz tritt, ermöglicht wird, während gleichzeitig durch Eröffnung dieses Abzuges der deutsche Weizenmarkt von einer auf den Preis im freien Verkehr drückenden Waare entlastet wird. Eine weitere Erleichterung der Ausfuhr von Mühlenfabrikaten kann, nachdem einmal im Zolltarifgesetz der Nachweis der Identität für die Exportmühlen fallen gelassen ist, der Bundesrath allein durch eine Milderung des betreffenden Regulativs beschließen; zur Beseitigung des Identitätsnachweises im Getreidehandel überhaupt würde es einer neuen gesetzlichen Bestimmung bedürfen. Daß eine solche die Zustimmung des Reichstags finden würde, ist wohl nicht zweifelhaft, da derselbe bereits im Mai vorigen Jahres bei Annahme der neuen Getreidezölle in einer Resolution eine besondere Prüfung der Frage und nach dem Ergebnis die Vorlage von Abänderungsvorschlägen verlangt hat.

In Frankreich sind in letzter Zeit wiederholt deutsche Reisende unter dem Verdachte der Spionage verhaftet worden. Wie der „Magd. Ztg.“ geschrieben wird, dürfte die Deutsche Regierung wegen dieser Belästigung Beschwerden erheben. Es heißt, daß diese Frage bereits erörtert wurde und es sei nicht unmöglich, daß mit dem soeben in sein Amt getretenen neuen französischen Botschafter darüber verhandelt werden wird. Inzwischen wird — so bemerkt die „Magd. Ztg.“ — das nach Frankreich reisende deutsche Publikum wohl daran thun, sich die vielfachen Beschwerlichkeiten zu ver-

gegenwärtigen, denen jeder deutsche Reisende in Frankreich jetzt ausgesetzt ist.

Der unter dem Verdacht der Spionage verhaftete Dr. Sandler aus Bayern ist freigelassen worden. Wie die „Köln. Z.“ erfährt, ist die Freilassung erst in Folge nachdrücklichster deutscher Vorstellungen erfolgt. Der bayerische Geschäftsträger v. Reither, an den sich Dr. Sandler um Wahrnehmung seiner Rechte gewandt, habe sowohl am 6. wie am 12. October dem französischen Ministerium dringende, aber erfolglose Vorstellungen unterbreitet. Erst als Herr v. Reither sich am 20. October an den Grafen Münster um Unterstützung gewandt habe und dieser sofort eingeschritten wäre, sei am 22. October die Freilassung selbst angeordnet worden. Ein Bericht der „Post“ lautet allerdings anders. Er hebt hervor, daß die französische Regierung die größte Bereitwilligkeit und das größte Entgegenkommen gezeigt habe. Als Freycinet am 20. d. von dem Vorfalle zum ersten Mal durch den Grafen Münster, der bis dahin ebenfalls von der Sache nichts gewußt hatte, Kenntniß erhielt, habe er sofort mit dem Justizminister die nöthigen Befehle zur Freilassung Sandler's gegeben, die auch unverzüglich erfolgte. Dr. Sandler gesteht selbst zu, daß er, der wenig französisch spricht und ohne jede Erlaubnis der französischen wie ohne jede legitimirende Empfehlung der eigenen Behörden reiste, die höchste Unvorsichtigkeit und Unbesonnenheit begangen habe, und mit seinen wissenschaftlichen Messungen beim Kriegshafen von Brest und mit der Abzeichnung von Felsenforts zu geologischen Zwecken in gewissem Sinne den Verdacht der militärischen Spionage erwecken konnte. Sandler erklärt, daß er seitens der französischen Behörden wie im Gefängnis zu Brest durchaus gute Behandlung gefunden habe.

Deutschland.

Berlin, 25. Octbr. [Die Ersatzwahl in Graudenz.] Nach dem jetzt vorliegenden amtlichen Ergebnis der Ersatzwahl zum Reichstage im Wahlkreise Graudenz-Strasburg hat der Candidat der Deutschen, Staatsminister a. D. Hobrecht (nationallib.) 9335, der Pole, Rittergutsbesitzer v. Nibinski 8486 Stimmen erhalten. Die Zahl der abgegebenen Stimmen ist gegen 1884 von 15 685 auf 17 822 gestiegen. Der damalige polnische Candidat, von Łyskowski, erhielt 7950, also mehr Stimmen, als der conservativ-nationalliberale Candidat (5387) und der freisinnige (2386) zusammen. Jetzt sind die polnischen Stimmen von 7950 auf 8486, die deutschen von 7723 auf 9335 gestiegen. Wenn der „Sonier Wisp.“ für die Niederlage der Polen die deutschen Katholiken verantwortlich macht, so liefern die Wahljournale dafür keinen Beweis, da dieses Mal 2137 Wähler in Action getreten sind, welche 1884 ihr Wahlrecht nicht ausübt haben.

[General-Feldmarschall Graf von Moltke] beginnt am Dinstag sein 87. Lebensjahr. Er wurde am 26. October 1800 zu Parchim in Mecklenburg geboren.

[Das 50jährige Dienstjubiläum,] welches Consistorialpräsident D. Hegel feiern beging, brachte ihm reiche Ehren. Bereits in früher Morgenstunde wurde er durch ein Ständchen überrascht, welches ihm der Bälkenchor des Evangelischen Vereins für kirchliche Zwecke darbrachte. Um 9 Uhr erschien Staatsminister v. Gohler, um dem Herrn zum Nothen Adler-Orden 2. Klasse zu überreichen. Den besonderen Glückwünschen der Räte des Ministeriums gab der Ministerialdirector Barkhausen Ausdruck. Um 10 Uhr begab sich der Jubilar mit seiner Gattin von der Wohnung im Matthäipredigerhaus nach der Matthäikirche, um dort dem Gottesdienst beizuwohnen. Die Kirche war zum Erdrücken gefüllt. Aus allen Theilen der Mark waren Superintendenten und Geistliche erschienen, auch General-Superintendent Büchel, die Mitglieder des Consistoriums, sowie Professor Kleiner, Prof. Curtius u. A. hatten sich eingeunden. Die eigentliche Dankfeier der Gemeinde fand um 1/2 12 Uhr in der Wohnung des Jubilars statt. Im Namen des Evangelischen Oberkirchenraths überbrachten die beiden Präsidenten desselben, D. Hermes und D. Brückner, eine Kunststoll-

Der Genius und sein Erbe. *) [21]

Eine Künstlergeschichte von Hans Hopfen.

Sie steckte den blonden Kopf ins Gemach, sah ihn vor dem Bilde stehen, und Neugier und Liebe jagten sie in der nächsten Secunde dicht an seine Seite.

Er schlang den Arm um sie, die es nicht merkte. Ihre Augen schwebten und ihre Brust dehnte sich weit vor Freude, Stolz und Glückseligkeit, wie sie, die in des Vaters Lehre geschulte Kennerin, betrachtete, was der Geliebte geschaffen hatte.

Es war ihm, als fühle er aus ihrem Körper durch seinen Arm, wie so innige Freude sie jetzt durchrieselte. Er sah ihr Gesicht nicht und sie rebeten kein Wort, und doch war es ihm jetzt bewußt, daß sie in diesem Augenblick im Anschau dieses Bildes sich ihm angelobte fürs ganze Leben.

Und ohne es zu wollen, wie wenn die Erregung der wonnenvollen Minute ihm unbewußt die Zunge löste, fing er zu reden an: „Ich begann dies Bild bald nach der Zeit, da ich Sie kennen gelernt hatte. In diesem Bilde sind viel tausend Pinselstriche. Aber es ist keiner daran gekostet worden, ohne einen Gedanken an Sie. Ich sage Ihnen das, weil es mich zwingt, weil ich nicht von ihnen gehen mag, ohne Ihnen das gesagt zu haben, wozu mein Herz zum Zerplatzen voll ist. Ich sag' es nicht, um Ihr Urtheil zu bestechen. Nein, ich will, daß Ihr Urtheil so rein und unangefochten ausfalle, wie es Ihr Kunstverständnis schöpfen muß. Ich habe großen Respekt vor Ihrem Kunstverstand, Fräulein Ellen. Und darum und weil ich Sie unsagbar lieb habe, möcht' ich, daß Ihnen dies Bild gefiele, so sehr gefiele, daß Sie mit dem, was ich geschaffen habe, die Dreißigkeit entschuldigten, mit der ich Ihnen in diesem wunderbaren Augenblick zu gesehen wage, daß mir die ganze Welt und was darin Wilder malt, taugt und betrübtet gestohlen werden kann, wenn ich mir Sie nicht ermalen kann. Liebes Fräulein... Ellen... ich glaube, ich rede Unsinn... aber lassen Sie mich Ihr Gesicht sehen und sagen Sie mir ein gutes Wort!“

Er ergriff sanft ihr Kinn mit der Hand und kehrte ihr Antlitz zurück. Ihre Augen waren feucht, und sie wollte das nicht zeigen. Da sank ihr widerstrebendes Haupt an seine Brust und barg sich dort, derweilen ihre Schultern bebten.

Er fuhr ihr begütigend mit den Fingerspitzen über den welligen Scheitel, da hob sie auf einmal das glänzende Gesicht empor, sah ihn

mit den großen blauen Augen unter Thränen lachend an und sagte: „Weiß Gott, Hugo, Sie sind ein großer Künstler!“

Berauscht von Glück und Liebe riß er das holde Kind in seine beiden Arme und küßte es sanft auf die schmachtenden Lippen.

Das Lament scholl noch einmal von drüben her, und seine dumpfen, heftigen Schläge brachen diesen ersten süßen Kuß der Liebenden entzwei.

„Leb' wohl!“ flüsterte das Mädchen und sprang davon, links um durch den Gang in den Garten und von dort dem Hause zu.

Hugo warf noch einen flüchtigen Blick des Dankes auf seine Leinwand, drückte den Hut tief ins Gesicht, auf daß es nicht verrathe, was in ihm vorging, und wandelte dann aus dem Atelier rechts um und in gemessenen Schritten über den Kiesweg und zum Gitterthor hinaus auf die Straße.

Als Ellen die Stufen hinaufsprang, die aus dem Garten in die Wohnung führten, vernahm sie aus dem offenen Fenster der unter dem Erdgeschoß liegenden Küche, wie Gustav und Gontile einander grobe Vorwürfe machten und sich Backpfeifen verschiedener Größe anboten. Die Köchin, die in ihrem edlen Geschäfte durch solchen Zwiespalt zwischen Herd und Unrichtigkeit empfindlich gestört wurde, rief, als sie das Fräulein draußen stehen sah, bringende Bitte hinauf, doch zwischen diesen verrückt gewordenen Mannsbildern mit ihrem Ansehen Ruhe zu stiften, sonst könne sie für nichts gut stehen, der Fisch werde verlangt, der Braten werde verbrannt, die Mehlspeise werde verpufft und die Küchenehre des Hauses verschimpft sein, wenn das noch lange so fortgehe.

Ellen war froh, einen Grund zu haben, der ihr verspätetes Erscheinen vollaus rechtfertigte, ohne daß sie ihr seliges Geheimniß zu verrathen oder zu verleugnen brauchte.

Dennoch erhöhte sie bis über beide Ohren, als sie das Angesicht des Bruders so seltsam spöttisch und die aus dem Kopf hervorstehenden Augen des dilettirenden Barons so traurig und vorwurfsvoll auf sich gerichtet sah.

Carolus, der in Paris mit allen Wassern gewaschen und mit allen Hunden gehegt worden, lachte sogar laut auf über dies Erörtheln, welches ihm deutlich genug aus der Schule schwappte, daß noch ein ganz Anderer, als die beiden streitenden Diener, an Ellens Zögern schuld hatte.

Aber er sagte noch kein lautes Wort. Warum auch dem Schwesterchen einen unschuldigen Spaß verderben, wenn es ihr Spaß

machte, sich mit dem grobkörnigen Gesellen zu necken! Sein Geschmaack war er nicht. Aber dennoch hätt' er sich nach seinen Erfahrungen gewundert, wenn jene Weiden, die sich in der Bequemlichkeit des väterlichen Hauses jede Woche mehrere Mal sahen, nicht von diesem freundschaftlichen Verkehr anregenden Gebrauch gemacht und dabei die Gelegenheit ergriffen hätten, sich ein bißchen in einander zu verlieben.

So ein schickliches Bißchen, das man in jedem Augenblick besseren Besinnens, wie einen spielerischen Funken, der aus feucht brennendem Holz gesprungen, auslöschen kann! Nicht etwa mehr! mehr als Neckerei, Spielerei, Zeitvertreib! das wollt' er ihr schon verzeihen! Aber daran war ja gar nicht zu denken! Carolus konnte seine Leute. Und ob!

„Wo ist denn Knorr? Läßt der noch länger auf sich warten?“ fragte der Hausherr, der heute nur allzu geneigt war, seinem jüngeren Genossen etwas an Zeuge zu fällen, wenn er auch meilenfern von jenem Verdacht war, welchen sein Sohn gerade von Ellens glühenden Wangen ablas.

„Herr Knorr ist längst davon,“ antwortete diese. „Er war ja nicht gebeten, zu bleiben.“

„Ich sagte ihm doch...“ versetzte Meister Alfred, aber er vollendete den Satz nicht, sondern machte halbheftig und schüttelte ärgerlich den Kopf zwischen den Schultern hin und her, als wollt' er nicht mit Worten sagen, aber durch Geberden ausdrücken: mit so einem verdrehten Menschen ist nicht auszukommen, der Alles falsch versteht, den Herrn wie den Diener.

„Nach seinem Hereinsinken vorhin mag ihm Ihr Parket vielleicht etwas heiß geworden sein!“ warf Baron Nettenberg hin, mit einer instinctiven Feindseligkeit, die wieder Carolus ungemein belustigte.

„Ja, an Lebensart hat er noch Einiges zu lernen,“ sagte Bunzel, der nun einmal in Stimmung war.

Carolus rieb sich die Hände, während vor ihm der edle Nettenberg seine Schwester am Arm ins Speisezimmer schleifte; dann, seinen Stuhl zurechtlegend und lachend nach Ellen schielend, sagte er, so laut, daß es Alle hören konnten: „Schön ist er nicht, Euer jüngster Günstling! Ein großer Mann kann er sein, aber angezogen geht er wie ein Handwerker, der blauen Montag macht.“

„Er ist auch eigentlich nichts anderes als ein Handwerker, der blau macht“, sagte der Nettenberger, nachdem er vorsichtig ein Glaschen Kees der Suppe nachgeschossen hatte, und gab sich ein pfliffiges Aussehen, wie wenn er eben einen sehr guten Wis gereissen hätte.

(Fortsetzung folgt.)

*) Nachdruck verboten.

ausgestattete Adresse. In derselben wurde mit ehrenden Worten vor Allen seine gewissenhafte Treue und seine Charakterfestigkeit gerühmt, die er gezeigt habe unter Verhältnissen, welche einen besonders hohen Grad von Umsicht und Bestimmtheit erforderten. Die Glückwünsche der General-Synode überbrachte Graf Arnim, dem der Jubilar für das herrliche Verhältnis dankte, in dem er stets zu dieser Körperschaft habe stehen können. Es folgten sodann die Mitglieder des Consistoriums, die „Arbeits- und Lebensgenossen“, wie sie der älteste Generalsuperintendent D. Brückner als Vorträger bezeichnete. Die Ehrengabe des Consistoriums bestand in einem silbernen Krystall. Im Auftrage der Provinzialsynode erschienen Landesdirector von Levego, Hofprediger Stöcker, Consistorialrath Stahn und Geh. Rath Wiese. Die Ephoren und Geistlichen der Provinz, die im Jahr erschienen waren, ließen durch ihren Senior, Superintendent Gensichen-Kroffen ihre Liebe und Verehrung aussprechen. Superintendent Gehring-Gottbus übergab die Ehrengabe der Geistlichen, das von Professor Paul Händler gemalte Bild „Paulus in Athen“, das Generalsuperintendent Braun erläuterte. Der Jubilar dankte mit von Thränen erfüllter Stimme der Geistesfreiheit, welche er als die Grundlage der Kirche bezeichnete. Nachdem alsdann die Unterbeamten des Consistoriums durch Rechnungsrath Paule eine Adresse hatten übergeben lassen, nahm Ober-Consistorialrath Weiß als Vertreter der hiesigen theologischen Facultät das Wort. Er feierte den Jubilar vor Allen als den Mann, der Wissenschaft und Kirche stets zu verbinden gestrebt habe. Die Glückwünsche des Consistoriums der französischen Kirche, die zugleich in einer Adresse niedergelegt waren, überbrachten Prediger Tournier und General-Secretär Coulon. Im Auftrage der Preussischen Hauptbibelgesellschaft, deren Präsident D. Hegel seit 20 Jahren ist, überbrachte Professor Kleinert als Vicepräsident eine Bibel in reichem Einband mit kostbaren Beschlägen. Die Glückwünsche des Berliner Missionshauses brachte Missiondirector Wangemann. Für den Evangelischen Verein für kirchliche Zwecke, dem der Jubilar seit 18 Jahren vorsteht, verlas Kammergerichtsrath Klingner eine Adresse. Der evangelische Bilderverein verehrt dem Jubilar eine Auswahl seiner werthvollsten Schriften, der Hauptverein für christliche Erbauungsschriften die Bibleschöpfungsbilder. Persönliche Glückwünsche sprachen Staatsminister Friedberg, Geh. Rath Graf v. Bernstorff, die Oberconsistorialräthe Hubert und Kunder, Oberhofprediger Kögel, Hofprediger Bayer, Propst von der Goltz u. A. aus.

[Eine Anklage wegen versuchter Verletzung eines Bezirks-Feldwebels] gelangte gestern vor den vierten Strafkammer des Berliner Landgerichts I. gegen den Kaufmann Albert Löwe zur Verhandlung. Der Angeklagte bestritt die Stellung eines Feldwebels für ein bedeutendes Berliner Haus. Die im April d. J. anberaumte Controlversammlung, der er als Landwehrmann beizuwohnen hatte, kam ihm ungelegen, weil er sich zu jener Zeit in Oberdeutschland befand. Er richtete deshalb an den Feldwebel seines Bezirks unterm 1. April von Ratibor aus ein Schreiben, in welchem er um Befreiung bat, und legte dem Briefe 21 10-Pfennigmarken bei mit dem Ersuchen, diese zum Freimachen des ihm zugehenden Befehls zu benutzen. Der Bezirks-Feldwebel reichte dieses Schreiben, wie vorchriftsmäßig, bei der Commandantur zur Erledigung ein, und diese erblühte in der Befugung der unehelichmässigen großen Menge von Freimarken die Absicht, den Feldwebel zu einer Pflichtwidrigkeit zu veranlassen. Nach ersatteter Anzeige erhob die Staatsanwaltschaft obige Anklage. Der Angeklagte bestritt, daß ihn irgend welche strafbare Absicht geleitet, er habe eine beliebige Anzahl Freimarken, ohne sie zu zählen, seinem Portemonnaie entnommen und sie dem Schreiben beigelegt, damit sie der Feldwebel — von dem er allerdings eine außeramtliche Mitteilung erwartete, weil dieselbe schneller in seinen Besitz gelangt wäre als eine amtliche — zur Rückantwort benutzen sollte. Er hätte nicht wissen können, ob nicht vielleicht der Telegraph in Anspruch genommen werden mußte, und in diesem Falle hätte der mitgegebene Betrag kaum gereicht. Im Uebrigen erwartete er auch, daß die nicht zur Verwendung gelangten Marken ihm zurückgegeben würden. Daß der Feldwebel überhaupt nicht im Stande sei, ihn von dem Erscheinen bei der Controlversammlung zu entbinden, sei ihm zudem ebenso bekannt wie der Umstand, daß derartige Gesuche in der Regel bewilligt würden, wie es auch in diesem Falle geschehen sei. Auch der Feldwebel bestritt, daß er keineswegs den Eindruck gewonnen, als solle er durch die Handlungsweise des Angeklagten zu einer pflichtwidrigen Handlung bewogen werden. Der Staatsanwalt beantragte dennoch das Schuldig und acht Tage Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte, daß hier nur eine Tactlosigkeit, aber kein Verstoß vorliege, und sprach deshalb den Angeklagten frei.

1. Leipzig, 25. October. [Aus der Zeit des letzten Reichstagswahlkampfes.] Als im Herbst 1884 der Reichstag von Neuem gewählt werden sollte, fanden sich im Wahlkreise Waldenburg (Schlesien) als Candidaten der conservative Fürst Pleß und der freisinnige Rentier von Winkelmann aus Hymmenburg gegenüber. Dem Cristeren, welcher vermöge seiner umfangreichen Besitzungen eine außergewöhnliche Macht zu entfalten im Stande ist, wurde von seinen Parteigegnern nachgesagt, daß er seine Macht mißbrauche, indem er durch seine Beamten einen politischen Druck auf seine Untergebenen ausübe, daß er politischen Gegnern indirect Nachtheile zufüge und solchen Personen, die sich für seine politische Richtung verwendeten, sich erkenntlich zeige. Einzelne Fälle, durch welche diese Behauptungen erwiesen werden sollten, hatte Herr v. Winkelmann in einer seiner Candidatenreden vorgebracht und das Vorgehen der fürstlichen Pleßschen Beamten scharf verurtheilt. U. a. hatte er ihr Verhalten ein schamloses genannt. Ueber diese Rede hatten die Redacteure Hensel in Gottesberg und Walter in Friedland in ihren Blättern ausführlich berichtet und namentlich hatten sie die Stellen, welche sich auf die fürstlichen Beamten bezogen, mitgetheilt. Die Letzteren, an der Spitze der Generaldirector Ritter, fügten sich hierdurch beleidigt und stellten gegen Herrn v. Winkelmann, der in der Wahl gegen den Fürsten Pleß geteilt hatte, sowie gegen die beiden genannten Redacteure Strafantrag. Da Herr v. W. während der Zeit der Reichstagsession nicht verfolgt werden konnte und nach derselben auf Reisen gegangen war, so wurde das Verfahren gegen ihn von

dem gegen die Redacteure abgetrennt und zunächst gegen diese verhandelt. In der Verhandlung vor der Strafkammer zu Waldenburg am 16. März d. J. suchten die beiden Angeklagten den Beweis der Wahrheit der incriminirten Behauptungen zu führen. Es wurde vorgebracht, daß der Fürst im Jahre 1882 dem Buchdruckerbesitzer Jacob in Wistegiersdorf die Inserate für dessen „Grenzboten“ aus ansehnend politischen Motiven entzogen habe und daß im Jahre 1884, als Fürst Pleß wieder candidirte, jemandem, der sich an die Agitation für Herrn v. Winkelmann betheiligte, die Erlaubnis zur Benutzung eines Weges entzogen worden sei. Des weiteren wurde aus den Zeugen die Vermuthung ausgesprochen, es sei den fürstlichen Angeklagten unterlag worden, bei liberalen Kaufleuten zu kaufen. Alles dieses wurde vom Gerichte nicht als genügend zum Nachweise der von den Angeklagten verbreiteten Thatfachen angesehen. In Folge dessen trat, da der Schutz des § 193 unter Hinweis auf ein Reichsgerichts-Erkenntnis den Angeklagten verweigert und das Vorhandensein einer Beleidigung schon aus der Form („schamlos“) gefolgert wurde, die Verurtheilung der beiden Redacteure ein, und zwar traf Herrn Hensel eine Geldstrafe von 200 M., Herrn Walter eine solche von 150 M. Beide hatten Revision gegen das Urtheil eingelegt, welche am 22. October vor dem IV. Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung kam. Sie beschwerten sich zunächst darüber, daß das Verfahren gegen sie von dem gegen Herrn v. Winkelmann abgetrennt worden war, da ihnen hierdurch der Nachweis der Wahrheit der incriminirten Behauptungen erschwert worden sei. Unter Hinweis auf die Ergebnisse der Beweisaufnahme behaupteten sie sodann, es sei in der That erwiesen, daß liberale Personen von dem Fürsten resp. seinen Beamten benachtheiligt worden sind und das Gericht habe diese Beweisergebnisse in Folge eines Rechtsirrhums als nicht ausreichend zum Beweise der aufgestellten Behauptung erachtet. Weiter machten sie geltend, es habe ihnen das Bewußtsein gemangelt, daß alle die 72 Personen, welche den Strafantrag gestellt haben, durch sie beleidigt wurden. Desgleichen wurde der Dolus bestritten und Verletzung des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) bestritten. Der Vertheidiger, Justizrath Dr. Lünzel, bemerkte hierzu, es sei zwar nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts eine specielle Feststellung des Dolus im Urtheil nicht erforderlich, wenn es sich um eine Beleidigung durch die Presse handle, allein hier liege die Sache insofern eigenthümlich, als ein Gesamtbegriff von Personen beleidigt sein solle. Da sei es denn notwendig gewesen, festzustellen, daß sich der Beleidiger der Beziehung seiner Gesamtbegriffung auch auf die einzelnen in Betracht kommenden Personen benutzt gewesen ist. Was aber vom Beleidiger gelte, das müsse auch von den Redacturen gelten. Was den § 193 betreffe, so habe das Reichsgericht ausgesprochen, daß der Presse nicht unter allen Umständen ein Recht zustehe, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern, das Landgericht habe daher ein solches Recht ohne Weiteres verneint, anstatt festzustellen, daß gerade in diesem Falle den Angeklagten das Recht nicht zustehe. Reichsanwalt Hofinger erachtete sämtliche Beschwerden für unbegründet und beantragte Verurteilung der Revision. Allerdings gab er zu, daß das Landgericht, soweit die unterlassene Feststellung des Bewußtseins in Frage kommt, von einer mißverständlichen Auffassung eines Reichsgerichtsurtheils ausgegangen zu sein scheint, aber er führte dann weiter aus, daß die Angeklagten sich darüber nicht beschwerten könnten, weil sie in der Hauptverhandlung das Bewußtsein nicht bestritten hätten. Das Reichsgericht verwarf darauf die Beschwerde der Angeklagten und ebenso eine nur formelle Beschwerde des Nebenklägers Ritter.

Provincial-Beitung.

Breslau, 26. October.

* General von Wichmann. Wie ein hiesiges Blatt meldet, leidet der commandirende General des VI. Armee-corps, General der Cavallerie von Wichmann, seit acht Tagen an einem acuten diffusen Bronchialkatarrh, welcher die feineren Luftwege ergreift hat. Behandelnder Arzt ist der Geheimne Medicinalrath Professor Dr. Klopsch; der Geheimne Medicinalrath Professor Dr. Biermer ist zum Concilium zugezogen.

* Vom Kreuzkirchthurm berichtet die „Schlesische Volkszeitung“: „Nachdem bereits am Montag der vorigen Woche der Knopf auf den Thurm der Kreuzkirche aufgesetzt worden war, erschien Tags darauf Nachmittags in der sechsten Stunde Herr Dompropst Dr. Rappier in Begleitung des Herrn Diöcesanbauraths Ebers an Ort und Stelle. Beide Herren bestiegen hierauf, Dompropst Dr. Rappier voran, das Baugerüst. Als sie auf der letzten Knieung, noch über der Knopfhöhe, angelangt waren, wurde der Knopf nochmals gehoben und legte der Herr Dompropst persönlich die in mehreren Blechbüchsen enthaltenen Urkunden und Münzen in den Knopf. In die Arbeiter verabreichte derselbe ein Geldgeschenk, worauf der Abstieg erfolgte, welcher sich recht mißbevoll gestaltete, da bereits die Dunkelheit eingetreten war und deshalb von Laternen Gebrauch gemacht werden mußte.“

* Vom neunten schlesischen Musikfeste. Nach einer Mitteilung des „Boten a. d. Riesengeb.“ hat Graf Hochberg an einen seiner dortigen Freunde geschrieben:

„Die schlesischen Musikfeste, denke ich, werden jetzt erst recht anfangen zu blühen. Ich denke nicht daran, sie aufzugeben. . . Das neunte schlesische Musikfest findet statt am 2. Juni 1887 in Breslau. — Mit bestem Gruß Volko, Graf von Hochberg.“

Vor einigen Tagen sind die Einladungen an die betreffenden Gesangsvereine ergangen, die ungefähre Zahl der sich betheiligenden Mitglieder bis zum 15. November c. dem Grafen Hochberg mitzutheilen.

* Die Kipfel'sche Brauerei soll nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ in eine Actiengesellschaft umgewandelt werden. Das genannte Blatt schreibt hierüber: „Nachdem Monate lang von Breslauer Firmen

vergeblich darüber verhandelt worden, die dortige gut accreditirte Brauerei von Kipfel zur Umwandlung in ein Actien-Unternehmen zu erwerben, ist dieses Project nunmehr Berliner Firmen gelungen, und zwar sind an die Uebernahme die Berliner Firmen N. Hefft u. Co. und L. Steinthal jun. betheilig.“ Hierzu wird uns von gutunterrichteter Seite mitgetheilt, daß obige Nachricht unbegründet ist.

* Schauffee-Banten im Kreise Posen-Wartenberg. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht: „Durch Allerhöchste Ordre vom 22. September dieses Jahres ist dem Kreise Posen-Wartenberg, welcher den schaufee-mäßigen Ausbau der Wege 1) von Bralin über Münchswitz, Fürstlich-Neudorf bis an die Namslauer Kreisgrenze in der Richtung auf Droschlag, 2) von Gochschütz über Domaslawitz, Tschelchen und Klenowe nach Medzibor (Mittelwalde), 3) von Neuhof über Langendorf nach Ottenhof, 4) von Ottenhof nach Wischdorf und 5) von Posen-Wartenberg über Gr.-Gosel, Neuhau, Domsel, Trembatschau bis an die Namslauer Kreisgrenze in der Richtung auf Schmögrau, sowie die Uebernahme der künftigen Unterhaltung derselben als Wege zweiter Ordnung beschlossenen hat, das Enteignungsrecht für die zu diesen Schauffeen erforderlichen Grundstücke verliehen worden. Auch sollen die dem Schauffeegebel-Tarif vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Schauffee-polizei-Vergehen auf die gedachten Straßen zur Anwendung kommen.“

Δ Lüben, 24. Octbr. [Verschiedenes.] Vom 20. bis 22. d. M. war der Landgerichtspräsident Dr. v. Stodt aus Pignitz hier anwesend, um das hiesige Amtsgericht einer eingehenden Revision zu unterziehen. — In der am 22. abgehaltenen Stadtorbenerenung wurde u. A. beschloffen, analog einem im letzten Kreistage bezüglich der Kreisbestimmung gefaßten Beschlusse, diejenigen Personen, welche hier nur einen Theil ihres Einkommens, einen anderen Theil aber anderswo versteuern, mit dem vierten Theile dieses letzteren zu den Communalabgaben mit heranzuziehen. — Vor der Einrichtung der im vorletzten Kreistage beschlossenen beiden Verspessungsstationen im hiesigen Kreise in den Städten Lüben und Köpenau ist noch nichts bekannt geworden; allerdings ist auch hier die ungewisse Abnahme des Landstreicherthums und Vagabundenwesens in einem so hervorragenden Maße zu constatiren, daß man daraus wohl auf eine allgemeine Abnahme dieses vor einigen Jahren stark auftretenden Uebels wenigstens in unserer Provinz schließen kann. Während im Jahre 1878 z. B. ca. 1240 derartige „Reisende“ die von der Stadt gewährte Gabe in Anspruch nahmen, ist diese Zahl im vorigen Jahre auf 181 zurückgegangen und dürfte auch aller Wahrscheinlichkeit nach im laufenden erheblich hinter 200 zurückbleiben.

H. Hainau, 23. Oct. [Schule. — Diakonats.] Nach den statistischen Mittheilungen der königlichen Kreis-Inspection über den Stand des Elementarschulwesens in der Diöcese umfaßt dieser Schulaufsichtskreis gegenwärtig 30 öffentliche evangelische Schulen und eine höhere Privat-Mädchenschule hieselbst. Davon entfallen 27 auf das Land und drei auf die Stadt Hainau, nämlich eine sechsclassige Knaben- und damit verbundene zweiclassige Mittelschule und eine sechsclassige Mädchenschule. In sämtlichen Schulen unterrichten 46 Lehrer, zwei mehr als im Vorjahre, und zwei Lehrerinnen; von den Lehrern entfallen 34 auf die Land- und 14 auf die städtischen Schulen. Ihrem Amtscharakter nach sind 1 Rector, 1 Conrector, 6 bezw. 8 Hauptlehrer und 40 Klassenlehrer. An den Schulen in Lobendau, Steinsdorf, Kaiserwaldau, Reischitz, Samitz, Bärtsdorf, Siegen-dorf unterrichten je zwei Lehrer, die übrigen sind sogenannte Halbtags-schulen. Gestorben ist im Vorjahre kein Lehrer der Diöcese; Cantor Berger-Staubitz ist in den Ruhestand getreten; Lehrer Kirch nach Bärtsdorf, Heidenreich nach Lobendau, Preibisch nach Siegen-dorf und Liebig nach Steinsdorf berufen worden. In den öffentlichen Schulen wurden 3912 Kinder unterrichtet, von denen 3830 evangelisch, 59 katholisch, 23 mosaisch sind, und entfallen auf je einen Lehrer 83—84 Schüler. Mit Ausnahme von Herrn-dorf bei Hainau befinden sich die Schulhäuser in gutem oder befriedigendem Bauzustande; die Beschaffenheit der Lehrerwohnung und Schulstube des letzteren Ortes ist jedoch unangenehm, aber wahr. — In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde von einem Mitgliede der Antrag gestellt, der Magistrat wolle dahin wirken, daß die evangelische Mädchenschule auf dieselbe Stufe gestellt werde, wie die Knabenschule, d. h. in ersterer ebenfalls Unterricht in fremden Sprachen erteilt werde. Es mußte den Eltern Gelegenheit geboten werden, ihren Mädchen den gleichen Unterricht zu theil werden zu lassen, wie den Knaben, und eine Zurücksetzung der ersteren sei durch nichts zu rechtfertigen. Dieser Antrag auf Gleichstellung der Mädchenschule wurde anerkannt, und beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, die geeigneten Schritte behufs Reorganisation der gedachten Anstalt einzuleiten. — Nachdem das Consistorium auf alle Vorstellungen des Magistrats es entschieden abgelehnt hat, die einstimmig erfolgte Wahl des Archidiaconats-Vermeyers Buchholz zum Diakon an unserer evangelischen Kirche zu bestätigen, hat der Baron mit den wahlberechtigten Oberältesten der Jmmungen beschloffen, die Diakonatsstelle, welche bereits über ein Jahr unbesetzt geblieben, wiederum auszufüllen.

* Bunzlau, 24. Oct. [Besuch des Regierungspräsidenten.] Der „Niederschl. Cour.“ berichtet über eine im Anschluß an die am Freitag, 22. d., erfolgte Befichtigung der Bobenerniederung durch den Herrn Regierungspräsidenten und die in Kittlitzböhmen stattgehabte Conferenz bezüglich der Bildung einer Reichsgenossenschaft und Regulirung des Bobers. Das genannte Blatt schreibt: „Der am genannten Tage im Kittlitzböhmer Schloß stattgehabte Termin ist für den nördlichen Theil unseres Reiches resp. die Anwohner des Bobers von weitgehendster Bedeutung. Der Herr Regierungspräsident Prinz Hohenhausen eröffnete den Termin und erging sich in längerer und eingehender Auseinandersetzung über die Vortheile des angeführten Bieles und wies darauf hin, daß der Staat, wenn er auch in weitgehendster Weise zu dessen bereit ist, seine Hilfe davon abhängig machen muß, daß eine Reichsgenossenschaft gebildet werde. Die ersten Sachverständigen der Provinz, die Herren Regierungs- u. Baurath v. Münster

Kleine Chronik.

Breslau, 26. October.

Wie ein deutscher Fürst über die Folgen der französischen Revolution dachte, darüber giebt ein Brief des Herzogs Ernst II. von Gotha-Altenburg an seinen Sohn, den Prinzen Friedrich, interessanten Aufschluß. Derselbe befindet sich im herzoglichen Archive zu Gotha und lautet der „Egl. R.“ zufolge:

„O mein Kind! wir leben in schlimmen Zeiten und sehen einer unerwarteten Zukunft entgegen, deren Folgen und Endschast Niemand zu bestimmen im Stande ist. Bedenke dies, mein lieber Sohn, und folgere die Lehren daraus, die ich Dir vertragen habe. Alles, ja Alles will unfestem Stande zu Grunde, was ich Dir vertragen habe und vernichtet. An ihm selbst würde nach meinem Gefühl eben nicht sehr Vieles verloren gehen; dies giebt wohl ein Jeder zu; allein hiermit ist noch nicht Alles gethan, sondern die Ordnung der Dinge, die nun einmal in der Welt stattfindet, gehet zu Grunde, die gesellschaftliche Verbindung löst sich auf, eine allgemeine Anarchie und Verwirrung der Gesinnungen und Lebensformen muß jene Stelle in der Zukunft vertreten. Daraus folgt natürlich, daß alle diejenigen, welche bisher zu irgend einem Stande erzogen worden sind, nicht mehr zu demselben taugen werden; daß Vermögensumstände, wo solche noch zu retten sind, nicht mehr in dem Maße werden angewendet werden können, wozu man solche anzuwenden gewohnt war; ja, daß die meisten Güter dieser Erde verloren gehen werden, und daß diejenigen, die jetzt darauf rechnen, in der Folge sich in ihrer Rechnung gewaltig irren und verrechnen werden. Du siehst leichtlich ein, mein guter Fritz, daß Dir's nicht besser als anderen ehelichen Leuten gehen wird, und daß Du bei Zeiten Dich darauf vorbereiten mußt, um nicht, wenn das Schicksal auch uns, Dich und mich, trifft, in der Verlegenheit Dich zu befinden, einmal betteln zu gehen. Noch bist Du jung genug, etwas Ernsthaftes zu erlernen, was es auch sei, um einmal Dein Brot zu verdienen und der dann noch übrigen menschlichen Gesellschaft nicht zur unnützen Last zu sein. Bedenke dies, mein guter Fritz, und bedenke es ernstlich, wie ein Mann. Etwas mußt Du doch anfangen, um Dir nicht selbst zur Last zu bleiben. Ich für meinen Theil, ich bin ganz gefaßt. Kann ich nicht mit dem Kopfe arbeiten, so habe ich von Gott Gesundheit, Hände und Muth als Gnadengeschenk erhalten, so daß ich hoffen darf, nicht für Hunger zu sterben; aber Du und Dein Bruder, Ihr macht mir Sorgen und Kummer. Ich bitte Dich, fange an, ernstlich über die Zukunft nachzudenken und irgend einen vernünftigen Plan zu entwerfen, was Du dermaleinst anfangen willst, wenn ich Dich nicht mehr zu unterstützen im Stande sein werde. Du hast mir Dein Bildniß überschicken wollen, mein guter Fritz, es soll mir herzlich lieb sein, und ich danke Dir aufrichtig dafür; aber schicke mir Deinen festen, ernsten Entschluß, ein Mann — ein deutscher Mann zu werden, damit wirst Du mich noch weit mehr verbinden; denn Du wirst mir die Sorge er-

leichten, die mir Dein künftiges Schicksal macht. Nur werde bestimmt Etwas, damit Du Dich nicht vor Dir selber zu schämen brauchst. Nun, leb' wohl! Behalte mich lieb, und sei von meiner Zärtlichkeit überzeugt! Ich habe Dir vielleicht unangenehme Dinge gesagt; mag's sein, wenn Du nur noch ein brauchbarer Mensch wirst, der nur zu Etwas nütze ist. Aber mein Ernst, mein voller Ernst ist es; denn die Zeiten werden immer verworrener, und am Ende kommt das Auswandern gar an uns selbst.“

Wirklich trug sich der Herzog ernstlich damit, den Gedanken der Auswanderung auszuführen. Zu diesem Zweck hatte er, wie in seinem Aus-gabeuche (30. Mai 1794) steht, seinem Regierungsrathe Geißler 482 Louis-d'or zur Erkaffung von sechs Actien des Landankaufes in Nordamerika eingekündigt. In seinem Nachlaß fanden sich im Jahre 1804 noch vier solcher Actiengscheine vor über eben so viele Hunderttheile an 99 992 Acres Landerei in der Grafschaft Montgomery (am Ohio), von denen drei auf den Regierungsrath Geißler, der vierie auf den Professor Schlichtegroll gestellt waren. Nach den von diesen Männern ausgefertigten Befehmmisfen vom 18. Juni 1794 und 17. März 1797 gehörten die Actien dem Herzog eigenthümlich und hatte jede einen Capitalwerth von 500 Thalern. Die beiden Genannten wollten der Herzog bei seiner Ueberfiedelung mitnehmen und sich mit ihnen gemeinsam dann ganz den Wäsen widmen. Schon hatte er auch seiner Privatbibliothek mehrere hundert Bücher ausgeliefert, die er mitzunehmen gedachte, welche er seine amerikanische Bibliothek nannte, und dieselbe zu diesem Zwecke äußerst einfach einbinden lassen. Die spätere Gestaltung der Verhältnisse hinderte ihn jedoch an der Ausführung seines Entschlusses.

Professor Gustav Engel, der Musikreferent der „Voss. Ztg.“, sah in diesem Sommer auf eine fünfundsingzigjährige Thätigkeit an derselben zurück. Die Beförder der „Voss. Ztg.“ ehrten den Jubilar nachträglich durch die Veranstaltung eines Festdiners im Restaurant „Zu den vier Jahreszeiten“ Unter den Linden.

Eine eigenthümliche Klage. Ein Herr Louis Ménard, nicht derselbe, welcher in der „Nouvelle Revue“ vor einigen Jahren sich über das Publikum lustig machte, indem er zwei noch unbekannte Fabeln Lafontaine's veröffentlichte, ist gegen Herrn Jules Claretie als Administrator des „Théâtre français“ klagbar, weil dieser für die Aufführung des „Hamlet“ die Ueberfiedelung von Paul Meurice und A. Dumas dem Vetteren statt der seinigen benutzen läßt. Herr Ménard hatte nämlich dem Vorgänger Claretie's eine Ueberfiedelung „Hamlet's“ eingereicht und war von diesem sowie von einigen Schauspielern des Hauses dafür belobt worden. Er selbst gesteht, daß man ihn das Manuscript zurückgeliefert, ohne daß es in dem Comité der Comédie française zur Leistung gelangte, und fügt hinzu, es wären ihm keine bestimmten Versprechungen in Betreff der Aufführung gemacht worden. Demnach befände er sich in der Lage Unzähliger, denen

zu ihrem großen Leidwesen dasselbe widerfuhr; allein er behauptet, er hätte nach einer genauen Durchsicht die unerschütterliche Ueberzeugung gewonnen, daß die Arbeit von Paul Meurice, welche seit länger denn zwanzig Jahren in den Wappen des Théâtre français lag, nach seiner eigenen Verbesserung und brauchbar gemacht worden wäre. Daraus sei ihm, behauptet Herr Ménard ferner, ein Schaden von 200 000 Franken entstanden, und diese Kleinigkeit müßte er sich nun von dem Hause Molière's als Ersatz ausbezahlen lassen.

Die künftige Darstellung des Chinins, des geschätzten Fieberheilmittels, ist dem englischen Chemiker Dr. Gresswell Hewitt gelungen. Während bis jetzt das Chinin aus der Rinde der in Süd-America und auf den Sunda-Inseln gezogenen Chinabäume gewonnen wurde, soll nach dem Hewitt'schen Verfahren die Darstellung aus einem billigen Rohmaterial geschehen. Das Bekanntwerden der Entdeckung hat großes Aufsehen erregt. Das bedeutendste englische Fachblatt „The Druggist“ veranstaltete eine Ertrabellage über die Erfindung und zahlreiche Capitalangebote wurden dem glücklichen Chemiker gemacht. Es hat sich nun eine Gesellschaft zur Ausbeutung des Verfahrens in Mary's Chambers, St. Mary Aftu in London unter der Firma „Atlas-Chinine-Compagny, Gresswell Hewitt u. Co.“ gebildet. Die Einrichtung der Fabrik ist noch nicht beendet, doch sollen bereits zahlreiche Aufträge eingelaufen sein. Weniger als 100 Unzen verkauft die Gesellschaft nicht. Die wissenschaftlichen Kreise waren auf das Ereignis seit länger als zwei Jahrzehnten vorbereitet. Bereits in den sechziger Jahren wurden Versuche in dieser Richtung angestellt, die sonst schätzbare Ergebnisse lieferten, unter anderen Anilin-farben, und es handelte sich nur noch um Entfernung eines Nomes Wasserstoff, wodurch Hewitt nach sechsjähriger Arbeit zum Ziele kam.

Zwei junge Mädchen aus Berlin waren kürzlich in seltsamer Verirrung den Spuren der Sioux-Indianer gefolgt. Die 17jährige Tochter achtbarer Eltern war, nach der „Staatsb. Ztg.“, mit der Angabe, in Sibirien eine Stellung anzunehmen, dorthin abgereist und hatte eine Freundin zu bestimmen gewünscht, sie zu begleiten. Diese Freundin nun scheint angezogen der Sioux doch zur besseren Einsicht gelangt zu sein; denn sie hat an ihre Mutter einen Brief gefandt, in welchem sie reuevoll für ihr abenteuerliches Beginnen um Vergebung bittet und ihre Rückkehr anzeigt. Von der anderen jugendlichen Sioux-Schwärmerin verlautet nichts.

Was ein Münchener Schaffler trinkt. Die Bedingungen der freilich Schaffler (Küfer) Gehilfen in München betreffen im Wesentlichen folgende Punkte: Zwölfstündige Arbeitszeit, von 6 Uhr früh bis 6 Uhr Abends, mit drei Pausen von insgesamt 2 1/2 Stunden Dauer; keine Sonntags- und Feiertags-Arbeit; Wochenlohn von vierundzwanzig Mark mindestens für einen tüchtigen Gehilfen; Gehilfen erster Klasse entsprechend höher; neun resp. sieben Liter Bier täglich; Gewährung einer annehmbaren Schlafstelle oder Vergütung von 5 Mark monatlich.

Bei C. Hirzel in Leipzig
ist soeben erschienen:
Gesammelte Werke

Gesammelte Werke
von
Gustav Freytag
in 22 Bänden oder ca. 48 Lie-
ferungen zu M. 1.50.
Erste Lieferung:
„Erinnerungen aus meinem

Leben."

Mark 1. 50.

Alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, durch welche auch Prospekte zu beziehen sind, nehmen Bestellungen an.

In Breslau vorrätig in der Schletter'schen Buch- und Musikalien-Handlung Franck & Weigert, 16/18 Schweidnitzerstraße.

[5012]

Gravatten werden sauber u. billig gereinigt u. repariert Sadowstr. 67

Wasserstands-Telegramme.
Breslau, 25. Octbr. Oberpegel 5,00 m, Unterpegel — 0,08 m.
 — 26. Octbr. Oberpegel 5,60 m, Unterpegel — 0,30 m.